

Sozialstaat

Eine andere Debatte ist nötig

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Hartz-IV Regelsätze hat eine Debatte über den Sozialstaat ausgelöst. Insbesondere neoliberale FDP-Kreise nutzen das Urteil, um den Sozialstaat zu diffamieren, während mittlerweile sogar bei den Koalitionspartnern die Stimmen lauter werden, die eine sachliche Debatte fordern.

Im Kern legt das Urteil fest, dass es ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gibt. In welcher Höhe entscheidet der Gesetzgeber. Nicht bezogen haben sich die Verfassungsrichter auf das Lohnabstandsgebot als Maßstab für die Ermittlung des Existenzminimums. Im Sozialgesetzbuch SGB XII ist festgelegt, in welchem Verhältnis der Bezug eines Hilfeempfängers verglichen mit einer fünfköpfigen Familie im unteren Einkommensbereich liegen muss. Die Bundesregierung hatte in Karlsruhe betont, dass dieses Verhältnis gewahrt bleiben müsse. Die momentane Debatte diene allein dazu, die „Bezieher von Sozialleistungen und Geringverdiener gegeneinander auszuspielen“, urteilt der Bundes-

Hartz IV: Zu wenig für Familien

Monatlich braucht ein Paar mit einem Kind* so viel Euro für ...

- 331 Nahrungsmittel
- 114 Einrichtungs-, Haushaltsgegenstände
- 106 Freizeit, Kultur, Unterhaltung
- 104 Kleidung und Schuhe
- 80 Wohnen (ohne Miete und Heizung)
- 73 Verkehr
- 61 Post, Telefon, Internet
- 22 Gesundheitspflege
- 20 Bildungswesen
- 17 Bewirtung und Übernachtung
- 51 andere Waren und Dienstleistungen

Gesamt **979 Euro**
tatsächliche Leistungen nach SGB II** **897 Euro**

* 6-13 Jahre, Konsumausgaben von Ein-Kind-Familien im unteren Fünftel der Einkommensverteilung (ohne Sozialhilfebezieher) laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 (aktuellste Zahlen), Auswahl der Gütegruppen und Abschläge nach den Vorgaben der Regelsatzverordnung.

** Bis Juli 2009 lag der Satz bei 833 Euro.

Quelle: Becker 2009

© DGB einblick 04/10

geschäftsführer der Volkssolidarität Bernd Niederland.

Für den DGB geht es nicht darum, nur das Existenzminimum zu sichern. Rund 1,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte sind zurzeit auf ergänzende Leistungen nach ALG II

Nach einer Studie der Volkswirtin Irene Becker im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung kommen Familien mit Kindern in der Grundsicherung zu kurz. Nach ihrer Rechnung ergibt sich ein monatlicher Mehranspruch zwischen 70 und 82 Euro. Zudem kritisiert sie, dass ein echter Inflationsausgleich fehlt, weil die Regelsätze auf fünf Jahre alten Zahlen basieren und nicht an die Preisentwicklung angepasst sind.

angewiesen. Deshalb fordert der DGB ein „Sofortprogramm zur Vermeidung von Hartz IV, Working Poor und Armut“. Dazu gehören eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, entschärfte Zumutbarkeitsregelungen, flächendeckende, Existenz sichernde Mindestlöhne und höhere Regelsätze. „Wir brauchen keine Auseinandersetzung der Ärmsten gegen die Armen à la Westerwelle, sondern Lösungen, die Lohndumping beseitigen und den Niedriglohnssektor eindämmen“, betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

In Deutschland hat die Umsetzung neoliberaler Politik bereits jetzt deutliche Spuren hinterlassen. Deshalb wird die Zukunft des Sozialstaates auch auf dem DGB-Bundeskongress im Mai eine wichtige Rolle spielen. Im gesellschaftspolitischen Leitartikel des DGB-Bundesvorstandes wird ein tiefgehender Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung gefordert. Ein starker Sozialstaat ist Garant für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben und den Zusammenhalt einer Gesellschaft.“

inhalt

Seite 3

Für ein Europa des sozialen Fortschritts

Gerade in der Krise ist eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen notwendiger denn je, sind sich DGB und spanische Gewerkschaften einig

Seite 5

Strategien statt Rituale

Der IG BCE Vorsitzende

Michael Vassiliadis

im einblick-Interview

zur DGB-Zukunftsdebatte

Seite 7

Gesellschaftsbündnis gegen Elfenbeinturm

DGB-Vorstandsmitglied

Annelie Buntenbach über

die Ziele der Reformkommission für ein solidarisches

Gesundheitssystem



Der Button zum Aufkleber

(im Original vierfarbig)

bestellen unter

www.br-verseucht.de

plusminusBERLIN

+ *Lisa Paus (Grüne) will Vermögende zur Finanzierung der Krisenkosten stärker in die Pflicht nehmen, denn „außergewöhnliche Krisen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen“. Deshalb unterstützt sie die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe.*

- *Dirk Niebel (FDP) findet es richtig, wenn Unternehmen für Gesprächstermine mit Politikern zahlen. Durch Sponsoring „können Parteien sich finanzieren, ohne auf staatliches Geld angewiesen zu sein“. Bedarf für neue gesetzliche Regelungen sieht er nicht.*



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.radiolabour.net/

Wöchentlich neu

zusammengestellte

Radiosendung zu weltweiten

Gewerkschaftsthemen

und Arbeitskämpfen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/

hintergrund

DGB-Studie zu

gesundheitlichen Schäden

durch Arbeitslosigkeit

Europäisches Jahr gegen Armut

DGB kritisiert Projektauswahl

Der DGB hat seine Mitarbeit im Rahmen der vom Bundesarbeitsministerium (BMAS) geleiteten Aktivitäten zum Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung eingestellt. In einem Brief an Arbeitsministerin Ursu-

Projekt von ursprünglich 60 auf 40 reduziert. Auch die inhaltliche Auswahl der Projekte stößt beim DGB auf Kritik.

Unter den geförderten Projekten befänden sich einige Maßnahmen, bei denen der PR-Charakter im Vordergrund stehe und von einer armutsbekämpfenden Wirkung nicht gesprochen werden könne. So hatte der Landkreis Göttingen ein Projekt eingereicht, das zum angeblich schlechten Image von Ein-Euro-Jobs eine mediale Gegenstrategie entwickeln sollte.

Unter diesen Bedingungen sei eine Mitwirkung des DGB im Rahmen der vom BMAS ausgewählten Projekte leider nicht möglich, erklärt Buntenbach. Gleichzeitig will der DGB sein Engagement an anderen Stellen im Kampf gegen Armut forcieren – beispielsweise als Mitglied in der nationalen Armutskonferenz. Zudem planen DGB und Hans-Böckler-Stiftung für den 8. Juni eine Konferenz unter dem Motto „Wege aus der Kinderarmut“.

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg – nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

la von der Leyen (CDU) kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach die Projektauswahl als „intransparent“ und die Informationspolitik gegenüber dem Programmbeirat, in dem auch der DGB vertreten war, als „unzureichend“. Zudem habe das BMAS ohne Zustimmung des Beirates die Zahl der zu fördernden

Mindestlohn

Kein Stellenabbau

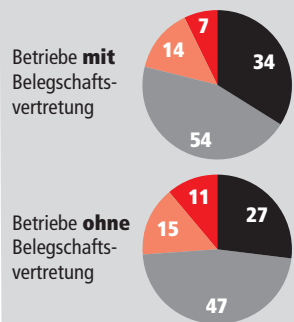
1,22 Millionen Arbeitsplätze seien bedroht, wenn der DGB sich mit seiner Forderung von einem allgemeinen Mindestlohn von 8,50 Euro durchsetzen könnte, hat das Ifo-Institut in Dresden kürzlich berechnet. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage, betont DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. „Andere europäische Länder haben seit Jahren Mindestlöhne,

ohne dass es dabei zum Stellenabbau gekommen wäre. Im Gegenteil – eine Studie für Großbritannien belegt, dass darüber die Beschäftigung sogar stabilisiert werden konnte.“ Hintergrund ist der stetig wachsende Niedriglohnsektor. So ist die Zahl der erwerbstätigen Hartz-IV-Bezieher zwischen 2005 und 2009 um 43,6 Prozent gestiegen. Damit subventioniere der Steuerzahler die Armutslöhne der Unternehmen, so Matecki. „Wir brauchen Mindestlöhne, die die Beschäftigten möglichst unabhängig machen von Hartz IV.“

Sicherer mit Betriebsrat

Anteil der Beschäftigten, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben (in Prozent)

■ keine Angst ■ in geringem Maß
■ in hohem Maß ■ in sehr hohem Maß



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009, der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von 7930 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2009. © DGB einblick 04/10

In Betrieben mit Belegschaftsvertretungen gibt es mehr Leistungsgerechtigkeit, weniger Angst um die berufliche Zukunft, eine höhere Arbeitszufriedenheit, weniger Resignation und stärkere Bindungen der Beschäftigten an ihren Betrieb. Das zeigt eine gerade veröffentlichte Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. „Mitbestimmung hat also ganz konkrete Vorteile“, fasst DGB-Vorstand Dietmar Hexel zusammen. Während 14 Prozent der Beschäftigten in mitbestimmten Betrieben ihre Arbeitsbedingungen als gut einschätzen, sind es nur zehn Prozent in Betrieben ohne Betriebsrat. Die Broschüre mit den Ergebnissen der Sonderauswertung kostet ein Euro plus Versandkosten. Bestellungen: www.dgb-index-gute-arbeit.de

Fragen an

Foto: DGB/Franka Bruns



Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, zur DGB-Kampagne „Betriebsräte machen den Unterschied“ zu den Betriebsratswahlen 2010.

■ **Der DGB begleitet die Betriebsratswahlen mit einer eigenen Dachkampagne. Was ist die Kernaussage?**

■ Wir wollen „jenseits der Fabrikttore“ für die Idee der Mitbestimmung werben. Unser Kampagnenmotto lautet „Betriebsräte machen den Unterschied“ – nämlich den Unterschied zwischen unfairen und fairen Arbeitsbedingungen, schutzlosen und geschützten Beschäftigten, zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit. Wir wollen das Thema Mitbestimmung lebendig werden lassen und mehr Demokratie

in der Wirtschaft einfordern. Und wir haben ganz konkrete Ziele: Wir wollen wieder eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent erreichen und streben an, dass mindestens 70 Prozent aller Betriebsratsmandate von gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen eingenommen werden.

■ **Die Wirtschaftskrise ist auch in Deutschland noch nicht überwunden. Warum sind Betriebsräte in einer solchen Situation besonders wichtig?**

■ Deutschland hat die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bisher vergleichsweise gut verkräftet. Das hat viele Gründe. Betriebsräte hatten einen riesigen Anteil daran, die Krisenfolgen abzumildern. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Kolleginnen und Kollegen, aber auch für das Unternehmen als Ganzes.

Überall in Deutschland, in allen Branchen und Regionen, kämpfen die Betriebsräte ebenso wie die Gewerkschaften als Krisenmanager um die Arbeitsplätze ihrer Kolleginnen und Kollegen. Manches Unternehmen kann nur überleben, weil es einen engagierten Betriebsrat hat, der kreative Lösungen entwickelt, um die Krise durchzustehen. Und wenn doch Entlassungen unvermeidbar sind, handeln sie Sozialpläne aus und sorgen dafür, dass es nicht die Schwächsten trifft.

Die Kampagne startet am 9. März mit einer Aktion vor einer Discounter-Filiale in Berlin-Mitte, an der neben dem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Autor Günter Wallraff teilnehmen.

Für ein Europa des sozialen Fortschritts

Während die Finanzwelt sich nach der von ihr ausgelösten Krise langsam erholt, zeigt sich überall in Europa deutlich: Die Lasten der Krise tragen vor allem die ArbeitnehmerInnen. Wichtiger denn je ist es deshalb, mit einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen das soziale Europa zu sichern. Diese Forderung haben der DGB und die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt.

Ob Griechenland, Irland oder Portugal: In den EU-Staaten, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders in die Klemme geraten sind, sollen vor allem die ArbeitnehmerInnen bluten, um die öffentlichen Haushaltsdefizite zu bereinigen – mit Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Abbau von sozialen Leistungen, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder Rentenkürzungen. Auch Spanien macht da keinen Unterschied: Mit einem Spar- und Reformprogramm will der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bis 2013 insgesamt 50 Milliarden Euro einsparen, um das Haushaltsdefizit wieder unter die in der Euro-Zone zulässigen drei Prozent zu drücken. Vorgesehen waren zunächst auch massive Rentenkürzungen. Nach heftigen Protesten auch der spanischen Gewerkschaften wird der Plan nun noch einmal überarbeitet.

Das gute Verhältnis zwischen den spanischen Gewerkschaften und Zapatero ist zumindest auf nationaler Ebene ein wenig getrübt. Nach wie vor hoch sind aber die Erwartungen der europäischen Gewerkschaften an die spanische EU-Ratspräsidentschaft. „Ich bin froh, dass in so schwierigen Zeiten Spanien das Heft in der Hand hat“, sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Es brauche engagierte und erfahrene Europäer, die um die Bedeutung des sozialen Europas wissen und sich dafür einsetzen. „Davon gibt es derzeit nicht so viele.“

Deshalb ist es auch kein Zufall, dass sich DGB und die beiden spanischen Gewerkschaftsbünde CCOO und UGT gerade jetzt in bilateralen Gesprächen auf eine ge-

meinsame Erklärung zum sozialen Fortschritt in Europa verständigt haben. In ihrer Resolution fordern sie deutliche Schritte hin zu einem sozialen Europa, eine soziale Fortschrittsklausel in allen EU-Verträgen sowie eine eindeutige Klarstellung der Europäischen Entschenderichtlinie. Es muss sichergestellt werden, dass die dort getroffenen Regelungen europäische Mindeststandards sind – und nicht als Maximalstandards ausgelegt werden können, wie sie der Europäische

Gerichtshof in verschiedenen Entscheidungen in den letzten zwei Jahren interpretiert hat.

Damit nicht in Folge der Wirtschaftskrise das Europäische Sozialmodell und die sozialen Sicherheitssysteme beschädigt werden, fordern die spanischen und deutschen GewerkschafterInnen endlich entschiedene Maßnahmen der EU zur Regulierung der Finanzmärkte – wie etwa eine europäische Finanztransaktionssteuer und eine europäische Wirtschaftsregierung. •

? ...nachgefragt



Foto: EMB/Andy Michaelis

Ein klares Signal für europäische Solidarität haben die Opel-ArbeitnehmervertreterInnen, die Metallarbeitergewerkschaften aus den Opel-Staaten und der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) nach einem Treffen Ende Februar gesetzt: keine Zustimmung für das vorgelegte Sanierungskonzept für Opel bzw. General Motors, solange das Werk in der belgischen Hafenstadt Antwerpen keine Zukunft hat. Einblick hat den EMB-Generalsekretär Peter Scherrer zur Situation befragt.

Die Restrukturierungspläne von Opel haben einmal mehr deutlich gemacht, wie große multinationale Unternehmen versuchen, ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer an verschiedenen europäischen Standorten gegeneinander auszuspielen. Doch für uns ist klar: Dieses Spiel machen wir nicht mit. Es gibt von unserer Seite nur eine Antwort: Über alle Grenzen hinweg steht die Einheit der Gewerkschaften und der ArbeitnehmerInnen, um sicher zu gehen, dass es keine Werksschließungen und keinen Personalabbau bei Opel gibt. So lange das Management die Schließung des Opel-Werkes in Antwerpen nicht zurücknimmt, sind wir zu keinen weiteren Verhandlungen bereit. Ich weiß, dass die Arbeitgeber unser klares Votum sehr ernst nehmen. Denn in der Vergangenheit hat sich die enge Kooperation der ArbeitnehmervertreterInnen schon mehrfach ausgezahlt. Ich erinnere dabei nur an die europäischen Aktionstage in den vergangenen Jahren, wo wir mit Demonstrationen, Betriebsversammlungen und Arbeitsniederlegungen unsere Standpunkte klar gemacht haben. In der jetzigen Situation steht fest: Der vorgelegte Plan der Arbeitgeber muss vom Tisch.

Blog der Beschäftigten in den General Motors-Werken weltweit: www.gmworkersblog.com/languages/deutsch

Europa 2020: Enttäuschende Strategie

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat am 3. März die Strategie „Europa 2020“ der EU-Kommission zur künftigen Wirtschaftspolitik in der EU vorgestellt, die die bisherige Lissabon-Strategie ablösen soll. Das Papier setzt auf Wachstum – mittelfristig sollen die Maßnahmen zwei Prozent bringen. Barroso fordert eine stärkere wirtschaftspolitische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten. Zielmarke für alle Länder soll eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent sein, 40 Prozent der jüngeren Menschen sollen einen Hochschulabschluss erreichen. Zudem sollen die Forschungsausgaben auf drei Prozent erhöht und die schon beschlossenen EU-Klimaziele bekräftigt werden, darunter die Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um ein Fünftel bis 2020. Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen soll um 20 Millionen gesenkt werden. Sanktionen sieht das Papier nicht vor.

In einer ersten Stellungnahme hat John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), das Programm als „enttäuschend“ und „fehlerhaft“ kritisiert. „Es ist extrem notwendig, zu analysieren, was die Krise verursacht hat und wie weitere Krisen verhindert werden können“, so Monks. Das erfülle der Vorschlag Barrosos nicht.

DGB-Broschüre

Tipps für Selbstständige

Knapp zwei Millionen Selbstständige arbeiten ohne ausreichende soziale Sicherung und unter prekären finanziellen Bedingungen. Mit der Broschüre „Tipps für Selbstständige – Soziale Sicherung und wenn das Geld nicht reicht“ steht der DGB Solo-Selbstständigen mit qualifiziertem Rat zur Seite. Die Broschüre gibt etwa Antwort auf die Fragen wie: Was muss ich bei den Sozialversicherungen beachten? Was steht mir zu, wenn ich von meinem Einkommen nicht leben kann? Wer ist in den Gewerkschaften für mich zuständig? Ein Einzelexemplar kostet einen Euro plus Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

students at work

Bewegung ins Bündnis

VertreterInnen des Netzwerks „students at work“ treffen sich vom 24. bis 26. März in Hattingen zu einer Impulskonferenz, um über zukünftige Strategien der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit zu beraten. Unter dem Motto „Bewegung im Bündnis“ werden gewerkschaftlich organisierte Aktive und VertreterInnen anderer Initiativen in Workshops und Vorträgen ihre Erfahrungen rund um die Studierendenarbeit vorstellen. Ziel ist es, das Projekt „students at work“ im Austausch mit anderen weiterzuentwickeln. Zudem auf der Tagesordnung: Eine Analyse der Studierendenproteste des vergangenen Jahres. •

www.students-at-work.de

interregio

••• Der **DGB Bezirk Nord** schreibt gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern (MV), der Landeszentrale für politische Bildung und der MV-web Agentur den **Medienpreis „Sophie“** aus. 2010 wird neben Preisen in den Kategorien Rundfunk und Print erstmals auch eine „Sophie“ für den Bereich Online-Journalismus verliehen. Ziel ist es, kritischen Journalismus in MV aufzuwerten. Bewerbungen können bis zum 5. Mai eingereicht werden. www.sophie-medienpreis.de

••• Der **DGB Hamburg** unterstützt die **Einführung der Primarschule** in der Hansestadt. Im Vorfeld der Volksabstimmung im Sommer wollen sich die Gewerkschaften aktiv in Verwaltung und

Betrieben für die Reform einsetzen. Uwe Grund, Vorsitzender des DGB Hamburg, begrüßt, dass sich nun alle im Stadtparlament vertretenen Parteien dafür ausgesprochen haben, die Reform zu unterstützen. www.dgb-hamburg.de

••• Die Vorsitzende des **DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg** Doro Zinke begrüßt, dass der Entwurf eines neuen **Vergabegesetzes für das Land Berlin** an sozialen und ökologischen Kriterien festhält. „Insbesondere die Tarif-treue-Regelungen und die Festsetzung einer untersten Lohngrenze sind aus unserer Sicht sehr wichtig, nicht zuletzt aufgrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011“, so Zinke. www.berlin-brandenburg.dgb.de

Anzeige

Das DGB Bildungswerk BUND besetzt die **Leitung des Kompetenzzentrums „Betriebswirtschaft und Unternehmenspolitik“ mit einem/r Bildungsreferenten/in**



DGB
BILDUNGSWERK BUND

Tätigkeit: Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen in betriebswirtschaftlichen und unternehmenspolitischen Themen, für Mitglieder in Betriebsräten, Wirtschaftsausschüssen und Aufsichtsräten. Sie sind verantwortlich für die selbstständige, zielorientierte Konzeptionierung, Budgetierung, Vermarktung und Durchführung der Veranstaltungen und Aufgaben des Kompetenzzentrums.

Was sie mitbringen:

- Fundierte Kenntnisse in betriebswirtschaftlichen Systemen (externes/internes Rechnungswesen, Controlling, Unternehmensplanung und -organisation, Personalwirtschaft, Personalentwicklung) und in der betrieblichen Mitbestimmung
- Erfahrungen mit aktuellen Strategien und Konzepten der Unternehmens-Restrukturierung, ihrer praktischen Umsetzung, ihren Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die Betriebsratsarbeit.
- Erfahrungen in den sogenannten „wirtschaftlichen Angelegenheiten“ der Betriebsverfassung einschließlich ihrer personalwirtschaftlichen Konsequenzen.
- Informationssystematische Kenntnisse im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Wirtschafts- und Sozialdaten im Kontext der Betriebsverfassung
- Die für die Aufgabe notwendigen betriebsverfassungs- und gesellschaftsrechtlichen Kenntnisse.

Voraussetzungen:

1. Fachwissenschaftliches Hochschulstudium (BWL, VWL/Sozialwissenschaften mit betriebswirtschaftlichen Schwerpunkten).
2. Erfahrungen in der Erwachsenenbildung, insbesondere mit Betriebsräten.
3. Einschlägige berufliche Tätigkeiten oder betriebliche Praktika.
4. Solide Englischkenntnisse in Wort und Schrift

Ihr Arbeitsort ist Hamburg – räumliche Mobilität wird erwartet.

Die Stelle soll zum 01.05.2010 besetzt werden und wird nach Haustarif entlohnt.

Richten Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte bis zum 19.03.2010 an:

DGB Bildungswerk, Personalreferat, z.H. Heike Hombach
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
heike.hombach@dgb-bildungswerk.de, <http://www.dgb-bildungswerk.de>

GEWERKSCHAFTEN

Interview mit dem IG BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis

Strategien statt Rituale

Bereits in seiner Grundsatzrede als frisch gewählter Vorsitzender der IG BCE hat Michael Vassiliadis eine Zukunftsdebatte in und um den DGB gefordert. Im einblick-Interview erklärt er, welchen Herausforderungen sich die Gewerkschaften stellen müssen und wie der Entwurf einer neuen DGB-Satzung die Voraussetzungen für einen starken Bund der Gewerkschaften schaffen soll.



Michael Vassiliadis, 45, wurde im Oktober 2009 zum Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gewählt.

■ Du hast gleich nach deiner Wahl zum IG BCE-Vorsitzenden eine Zukunftsdebatte in und um den DGB gefordert. Um was soll es dabei gehen?

■ Seit mindestens 30 Jahren reden wir in den Gewerkschaften darüber, dass wir organisationspolitisch auf die Veränderungen der Arbeitswelt und der Gesellschaft reagieren müssen. Es gab und gibt dazu auch durchaus immer wieder Ansätze, Konzepte, Projekte. Im Mainstream der gewerkschaftlichen Strategiedebatte und im gewerkschaftlichen Alltag spielt die Modernisierung der Organisationsstruktur dennoch eine eher untergeordnete Rolle.

■ Welche Veränderungen sollten sich deiner Meinung nach in der Organisationsstruktur niederschlagen?

■ Die Anforderungen an die Gewerkschaften sind heute wesentlich differenzierter als früher. Nehmen wir die IG BCE. Im Bergbau beispielsweise funktioniert die gewerkschaftliche Organisation tatsächlich noch wie eh und je. Da funktioniert die Gewerkschaftsarbeit, in den Ortsgruppen, von der Jugend bis zu den Rentnern sind wir in den Revieren fest verankert. Unser Organisationsgrad beträgt dort fast 100 Prozent. In anderen Bereichen, ich nenne nur mal die die Forschung in der Pharma-Industrie, sieht das ganz anders aus. Insgesamt ist die Mitgliederstruktur nicht mehr mit der Beschäftigtenstruktur deckungsgleich. Das gilt – mehr oder weniger ausgeprägt – für alle Gewerkschaften.

■ Haben sich die Ansprüche der Beschäftigten an die Gewerkschaften verändert?

■ Ja. In der chemischen Industrie

etwa hat es unglaubliche Veränderungsprozesse in den Belegschaften gegeben. Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten ist enorm gewachsen. Beispiel BASF: Der Anteil der AT-Angestellten beträgt dort über 20 Prozent. Und auch die tariflich bezahlten Arbeitnehmer verdienen weit über dem Durchschnitt. Diese Beschäftigten haben andere Erwartungen an uns als zu früheren Zeiten. Die beiden unteren Entgeltgruppen gibt es hier nur noch im Tarifvertrag, aber kaum noch in der Realität.

■ Es gibt aber auch die wachsende Zahl der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen bzw. diejenigen, die dauerhaft keine Chance auf Arbeit haben.

■ Michael Sommer sagt immer, die Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben. Das finde ich richtig. Wir brauchen branchenspezifische Mindestlöhne, wir müssen uns um Hartz IV kümmern, wir müssen Mindeststandards sichern. Den Schutz zu organisieren, war immer Funktion der Gewerkschaften. Gleichzeitig haben Gewerkschaften aber auch schon immer einen Gestaltungsanspruch. Das müssen wir viel deutlicher machen. Notfallmanagement allein reicht nicht aus.

■ Wie können die Gewerkschaften ihrem Gestaltungsanspruch wieder mehr gerecht werden?

■ Damit sollten wir uns gemeinsam in der Zukunftsdebatte intensiv beschäftigen. Ich will dem nicht vorgreifen. In allen Gewerkschaften gibt es bereits Ansätze, den veränderten Belegschaften gerecht zu werden. Aber reicht das aus? Die Gründe für die Mitglieder-

verluste sind sicher vielfältig, aber wir haben Verluste. Wir müssen den Trend brechen und umkehren, sonst laufen wir irgendwann Gefahr, nur noch für eine Minderheit zu sprechen. Wenn wir das Ruder nicht herumreißen, können wir den Verlust unserer Bindekraft auch nicht mehr mit Campaigning wettmachen.

■ Ist der Ernst der Lage in den Gewerkschaften angekommen?

■ Jedenfalls ist das Verständnis dafür gewachsen. Das Festhalten an den alten Ritualen wird nicht ausreichen, um uns auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die erforderlichen Veränderungsprozesse strategisch anlegen.

■ Immerhin gab es doch die Initiative Trendwende.

■ Ja. Und in diesem Rahmen sind gute Projekte auf den Weg gebracht worden, die den DGB wieder zurück in die Vorhand gebracht haben – etwa der DGB-Index Gute Arbeit oder die Potenzialanalyse. Notwendig wäre jetzt, sich neu zu verständigen, wie wir die Trendwende fortführen. Stattdessen haben wir uns verheddert in einer Satzungsdebatte. Ich habe sie sehr ernst genommen, weil die neue Satzung Voraussetzung ist für unsere Modernisierungs- und Veränderungsprozesse. Allerdings war die Kommunikation des Satzungsentwurfs eine Katastrophe.

■ Was heißt das?

■ Wir sind gestartet mit dem Ziel, den DGB zukunftsfähig zu machen. In der Wahrnehmung der Organisation kam aber vor allem an, dass wir Frauen und Jugend die Beteiligung in den Bezirksvorständen lassen, ihnen aber ihr Stimmrecht

nehmen wollen. Das versteht niemand. Völlig in den Hintergrund ist dabei geraten, weshalb das ursprünglich so beabsichtigt war. Es ging darum, auf allen Ebenen des DGB dem Prinzip „Bund der Gewerkschaften“ Geltung zu verschaffen. Ziel dabei ist es, die Verantwortung der Mitgliedsgewerkschaften für den DGB zu erhöhen.

■ Ziel der neuen Satzung ist es also, den DGB zu stärken?

■ Ja. Außerdem ging es darum, Aufgaben und Identität des DGB zu klären. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aufgaben soll der DGB übernehmen, welche die einzelnen Gewerkschaften. Das kann auch bedeuten, dass die Gewerkschaften Aufgaben an den DGB abgeben. Wenn wir den Bund der Gewerkschaften nicht hätten, müssten wir ihn erfinden. Ich hoffe, dass die Debatte über die Stärkung des DGB auf dem DGB-Kongress im Mai und danach ernsthaft und mit der notwendigen Sensibilität und Tiefe fortgeführt wird. Ob uns das gelingt, ist auch eine Frage von Organisationskultur. Ich bin da aber ganz zuversichtlich. Wenn die Schmerzen stark genug sind, dann sind Großorganisationen durchaus in der Lage, Veränderungsprozesse einzuleiten. Was ich mir dann wünschen würde, wäre, dass es uns gelingt, eine Modernisierungsdynamik zu entwickeln, eine Aufbruchstimmung, bei der alle sagen: Ja, das ist cool, da mache ich mit. Damit der DGB irgendwann nicht nur der stärkste Schutz der Schwachen ist, sondern auch „sexier than Iphone“.

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

kurz & bündig



Die IG BAU fordert die 50-prozentige Beteiligung der ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung des Handwerks. Die Bevorteilung der selbstständigen Meister in der Vollversammlung der Handwerkskammern sei nicht mehr zeitgemäß und benachteilige die demokratischen Rechte der ArbeitnehmerInnen.



Die GdP befürwortet die Initiative zur Ausbildung afghanischer Polizisten in Deutschland. So könnten höhere Ränge der afghanischen Polizei in sicheren Gebieten ausgebildet werden, dabei von den deutschen Ausbildungseinrichtungen profitieren und eine rechtsstaatliche Polizei kennenlernen.



ver.di und IG Metall unterstützen die Online-Petition gegen den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA). Die Petition tritt ein für die informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen, den Schutz der Persönlichkeitsrechte sowie für Arbeitnehmerdatenschutz und das Prinzip der Datensparsamkeit bei öffentlichen Verfahren.
www.einblick.dgb.dellinks



Die NGG hat eine Spende in Höhe von 8 800 Euro an türkische GewerkschafterInnen übergeben, die seit Dezember in einer „Zeltstadt“ für ihre Arbeitsplätze demonstrieren. Die Spenden sind auf dem Solidaritätskonto der NGG eingegangen und werden für die Lebensmittelversorgung verwendet.

DGB-Kongress 2010

Zukunft für Gute Arbeit

400 Delegierte aus den Mitglieds-gewerkschaften werden auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK) vom 16. bis 20. Mai die Weichen für die Arbeit des DGB in den kommenden vier Jahren stel-

Anzeige

Der Fachbereich Sozialökonomie (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL, VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene – auch ohne Abitur – an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

len. *einblick* stellt im Vorfeld einige der insgesamt 154 eingereichten Anträge an den OBK vor. Diesmal: der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes „Gute Arbeit für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft“.

Der Antrag geht auf die ver-

änderten Bedingungen in der Arbeitswelt ein und beschreibt, wie die Gewerkschaften die Veränderungen gestalten wollen. So soll der DGB Index Gute Arbeit als Instrument ausgebaut und die Berichterstattung weitergeführt und fortentwickelt werden.

Die Ergebnisse sollen noch stärker genutzt werden, um die öffentliche Diskussion zu forcieren und um arbeitspolitische Konzepte zu erarbeiten. Um gesunde und moderne Arbeitsplätze zu schaffen, setzt der DGB auf Netzwerke wie zum Beispiel die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA). Für mehr Chancengleichheit in Unternehmen empfiehlt der Antrag, das Konzept des „Diversity Managements“ stärker zu nutzen.

Auf politischer Ebene misst der Antrag dem Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen und der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn sowie den Themen

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, Altersteilzeit, gute Bildung und Arbeitnehmerdatenschutz zentrale Rollen bei. Für den DGB gilt: „Arbeit hat neben der wirtschaftlichen auch eine sinnstiftende Funktion und darf nicht dumm und schon gar nicht krank machen.“ ●



Anstecken, Flagge zeigen, Betriebsrat wählen: Betriebsratsverseucht, Und das ist gut so!
Den Aufkleber zum Unwort des Jahres (*einblick* 03/10) gibt es jetzt auch als Button. Erhältlich ist er in zwei Größen – mit 25 bzw. 32 mm Durchmesser. Der Einzelpreis pro Button beträgt 1,80 Euro plus Versandkosten. Für größere Bestellmengen gibt es eine Rabattstaffel.
www.br-verseucht.de

Griechenland

DGB solidarisch

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich solidarisch mit den griechischen ArbeitnehmerInnen erklärt. Sie dürften nicht den Preis für eine Krise zahlen, die andere durch verantwortungsloses Handeln verursacht hätten, so der DGB: „Es kann nicht angehen,

dass EU-Kommission, Rat und Europäische Zentralbank Griechenland jetzt einseitig Lohn- und Sozialkürzungen anordnen, aber nichts gegen Spekulanten unternehmen.“ Die Politik müsse die Finanzmärkte wieder stärker regulieren. Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund will der DGB zudem einen neuen sozialen Deal für Europa. ●
www.einblick.dgb.dellinks

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/karrieren.php

Datenschutz

DGB begrüßt Karlsruher Urteil

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung begrüßt. „Mit dem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht erneut das besondere Gewicht des Datenschutzes

hervorgehoben.“ Sehrbrock plädiert dafür, die Entscheidung auch in die Überlegungen der Bundesregierung bei der Überarbeitung des elektronischen Entgeltnachweises ELENA unbedingt zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte das

Urteil auch zum Anlass genommen werden, das ‚diffus bedrohliche Gefühl des Beobachtetseins‘, dem viele ArbeitnehmerInnen ausgesetzt sind, zukünftig auszuschließen. Ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, wie es die FDP in der letzten Legislaturperiode noch gefordert hatte, würde hier Abhilfe schaffen. ●

Gesellschaftsbündnis gegen Elfenbeinturm

In einer eigenen Reformkommission für ein „solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ will der DGB gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, WissenschaftlerInnen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen bis zum Herbst 2010 eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung entwickeln. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erläutert die Ziele.



Annelie Buntenbach, 55, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Gesundheits- und Sozialpolitik zuständig.
Foto: DGB/Susanne Loesjin

Euro entspricht dies einer Beitragserhöhung von knapp 84 Prozent.

Um seine Kopfpauschale durchzusetzen, plant der Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler einen so genannten Sozialausgleich. Dafür müssten die Steuern drastisch erhöht werden. Das Bundesfinanzministerium spricht in einer ersten Stellungnahme von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes um mindestens 73 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass die Koalition mit der Regierungskommission versucht, die Kopfpauschale klein zu rechnen. Schließlich hat die CSU bereits ihr Veto bekräftigt. **Wie ein „Sozialausgleich“ überhaupt aussehen soll, weiß Rösler allerdings selbst noch nicht.** Ob eine achtköpfige Ministerrunde im politischen Elfenbeinturm zu nachhaltigen Lösungen für eine sozial gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens kommen kann, darf bezweifelt werden.

DGB und Gewerkschaften lassen sich nichts vormachen: Auch eine kleine Kopfpauschale ist sozial ungerecht – das zeigen schon die Zusatzbeiträge. Außerdem würde das von

der Koalition geplante Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge dazu führen, dass künftige Belastungen ausschließlich auf die Versicherten abgewälzt würden. Weder die akuten noch die chronischen Finanzprobleme der GKV werden dadurch gelöst – ganz im Gegenteil. **Es droht eine Belastungswelle für Versicherte, es drohen Steuererhöhungen und ein Bedürftigkeitssystem à la Hartz IV** für Geringverdienerinnen und -verdiener sowie Rentnerinnen und Rentner.

Der DGB hat deshalb eine eigene Reformkommission für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft einberufen. Neben der Expertise einer wissenschaftlichen Ideenschmiede wollen wir gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrts-, Frauen-, Jugend- und Verbraucherschutzverbänden eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen. Jüngste Umfragen zeigen, dass 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Kopfpauschale nicht wollen. Wir werden aber nicht nur die Regierungspläne begleiten und deren Folgen deutlich machen. Wir werden eigene Reformvorstellungen im Sinne einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln. Dabei wollen wir uns nicht länger mit Modellen aufhalten, sondern **konkrete Schritte aufzeigen, mit denen die Finanzierung der Krankenversicherung solidarisch und sozial gerecht gesichert werden kann.** ●

Reform-Kommission des DGB

Der DGB-Kommission gehören insgesamt 39 VertreterInnen aus Verbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik an.

Zu den VertreterInnen der Verbände gehören u.a. **Adolf Bauer**, Präsident Sozialverband Deutschland e. V., **Prof. Dr. Gunnar Winkler**, Präsident Volkssolidarität Bundesverband e. V., sowie **Ulrike Mascher**, die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland.

Neben DGB-Vorstand **Annelie Buntenbach** sind auch alle acht Mitgliedsgewerkschaften in der

Kommission vertreten: **Ulrich Freese** (IG BCE), **Anne Jenter** (GEW), **Ellen Paschke** (ver.di), **Michaela Rosenberger** (NGG), **Regina Rusch-Ziemba** (TRANSNET), **Hans-Jürgen Urban** (IG Metall), **Klaus WieseHügel** (IG BAU), **Bernhard Witthaut** (GdP).

Zu den teilnehmenden WissenschaftlerInnen gehören u.a. **Prof. Dr. Gustav Horn**, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sowie **Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**, Leiter der For-

schungsgruppe „Public Health“ im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB.

Beteiligt sind außerdem als Einzel-sachverständige der Gesundheits-experte **Klaus Kirschner**, **Fritz Schösser**, der Vorsitzende des Aufsichtsrates vom AOK-Bundesverband sowie **Christian Zahn**, der Verwaltungsratsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes.

Teilnehmen werden auch VertreterInnen der Arbeitnehmerorganisationen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD sowie der Partei Die

Linke. Die Arbeitnehmerorganisationen der Unionsparteien haben ihre Teilnahme abgesagt.

Die vollständige Liste aller Kommissionsmitglieder: www.einblick.dgb.de

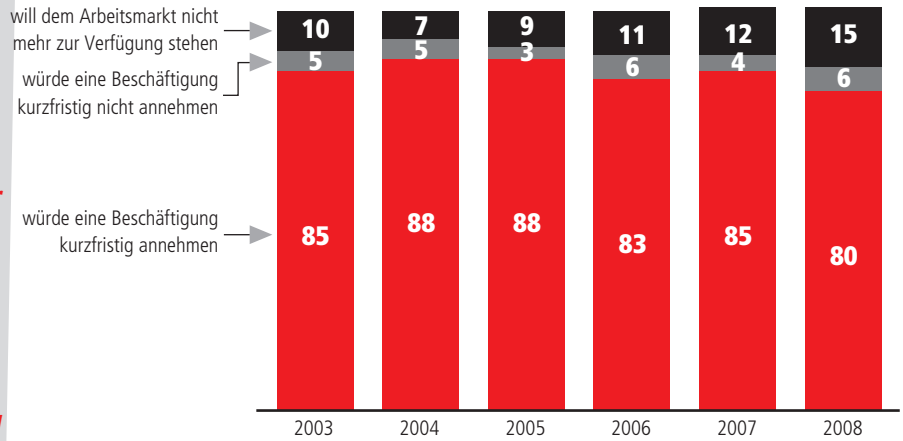
ZEITPLAN

Am **10. März** findet die konstituierende Sitzung der DGB-Reformkommission Gesundheit statt. Weitere Treffen sind am **21. April**, **30. Juni** und am **21. September** geplant. Auf der abschließenden Sitzung am **26. Oktober 2010** werden die Vorschläge der Kommission vorgestellt.

HARTZ IV: Die meisten wollen arbeiten

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt in seiner Studie „Fünf Jahre Hartz IV – Das Problem ist nicht die Arbeitsmoral“: Ein Großteil der Hartz-IV-EmpfängerInnen ist auch kurzfristig bereit, einen Job anzunehmen. Dies deckt sich mit den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die offiziellen Zahlen zeigen: Gerade einmal 2,5 Prozent der ALG II-BezieherInnen sind im Oktober 2009 mit Sanktionen belegt, nur ein Bruchteil davon, gerade mal zwei Prozent, betraf die Ablehnung eines sozialversicherten Jobs.

Angaben von Hartz IV-EmpfängerInnen zur Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt 2003 bis 2008 (in Prozent)



Quelle: DIW Berlin 2010

© DGB einblick 04/10

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 8.3.** Internationaler Frauentag
- 8./9.3.** GdP, 5. Bundesfrauenkonferenz, Potsdam
- 9.3.** DGB, Pressekontakt der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 mit Frank Bsirske (ver.di), Dietmar Hexel (DGB) und Günter Wallraff, Berlin
- 9.3.** DGB, Veranstaltung „Arbeit und Arbeitsbeziehungen in und zu Südchina“, Frankfurt/M.
- 10.3.** DGB, Konstituierende Sitzung der DGB-Reformkommission „Gesundheit“, Berlin
- 11.3.** ver.di und IG Metall, Workshop „Big Brother im Betrieb“, Berlin
- 12.-14.3.** IG BAU, Frauentag

- der IG BAU „Arbeit – Leben – Gerechtigkeit“, Frankfurt
- 14.-17.3.** IG Metall, Workshop „Konflikte wahrnehmen und bearbeiten, diskriminierenden Parolen paroli bieten!“, Sprockhövel
- 14.3.** DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Volkslauf „Besser läuft's mit Betriebsrat“, Hannover
- 16.-20.3.** GEW, Messe „didacta 2010 – die Bildungsmesse“, Köln
- 18.3.** DGB NRW, Veranstaltung „romantik@work: Kultur als Arbeit – Arbeit als Kultur“, Düsseldorf
- 21.3.** Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

- 22./23.3.** Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Corporate Social Responsibility (CSR) in der Unternehmensstrategie“, Köln

personalien

- **Michael Knuth**, 52, ist neuer Pressesprecher der IG Metall Bayern. Er folgt **Matthias Jena**, 49, der am 12. Februar zum neuen Vorsitzenden des DGB Bayern gewählt wurde. Knuth war bereits von 1992 bis 1997 für die Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall Bayern zuständig.
- **Michael Schulze**, 44, ist seit 1. März Kommunikationsmanager der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Bisher war der studierte Historiker Etat-Direktor bei der Agentur Scholz & Friends.

Tip

Buch: Silke Bothfeld, Christina Klenner, Astrid Ziegler u.a., *Geschlechterungleichheit im Betrieb*, edition sigma, Berlin, 563 Seiten, 29,90 Euro

Das Frauen immer noch knapp ein Viertel weniger verdienen als Männer, ist bekannt. Aber wie sieht es mit der Arbeitszeit aus? Warum gibt es nur wenige Vorstandsfrauen? Diesen und vielen weiteren Fragen gehen die AutorInnen des Buches „Geschlechterungleichheit im Betrieb“ auf den Grund. Das Buch liefert eine umfassende Bestandsaufnahme mit vielen interessanten Fakten und Zahlen zur Ungleichheit von Männern und Frauen in deutschen Betrieben.

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Es ist erstaunlich, wie viel Fachwissen in den Gewerkschaften vorhanden ist zu den einzelnen Branchen. Das zeigt, wir brauchen die Kompetenz der Gewerkschaften.“

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 2. März auf der Pressekonferenz nach einem Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand

Arbeitsverhältnis**Lange WC-Sitzungen ohne Lohnkürzung**

Häufige Toilettenbesuche während der Arbeitszeit rechtfertigen nicht ohne weiteres eine Gehaltskürzung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war bei einer Rechtsanwaltskanzlei als Rechtsanwalt angestellt. Der Chef der Anwaltskanzlei hatte eine seiner Mitarbeiterin angewiesen, über die Zeiten der Toilettenbesuche des Rechtsanwalts genau Buch zu führen. Aufgrund dieser schriftlichen Protokollierung kam der Arbeitgeber zu dem Ergebnis, dass der Arbeitnehmer in einem Zeitraum von 18 Tagen insgesamt 384 Minuten auf der Toilette verbracht hatte. Der Arbeitgeber rechnete daraufhin die Toilettenzeiten auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses hoch und kam zu dem Ergebnis, dass der Arbeitnehmer in zehn Monaten zusätzlich zu den üblichen Pausen- und Toilettenzeiten insgesamt 90 Stunden auf der Toilette verbracht hatte. Hierfür zog er dem Arbeitnehmer 682,40 Euro vom Nettogehalt ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Lohnabzug war unberechtigt. Der Arbeitnehmer hatte im betreffenden Zeitraum unter akuten Verdauungsproblemen gelitten.

*Arbeitsgericht Köln,
Urteil vom 21. Januar 2010 - 6 Ca 3846/09*

Hartz IV**Streichung auf Null nicht rechtens**

Der Grundsicherungsträger (Arge oder Kommune) ist grundsätzlich verpflichtet, zeitgleich mit der Entscheidung über den vollständigen Wegfall von laufenden Hartz IV-Leistungen auch darüber zu entscheiden, ob er stattdessen dem Hartz IV-Bezieher Sachleistungen oder geldwerte Leistungen (z.B. Lebensmittelgutscheine) zur Verfügung stellt. Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Der Fall: Dem unter Betreuung stehenden Leistungsempfänger, der ein wenige Monate altes Baby zu versorgen hat, hatte die Arge die Leistungen für drei Monate vollständig gestrichen, weil er seinen Mitwirkungspflichten wiederholt nicht nachgekommen war. Hiergegen klagte er mit Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Arge hat nicht zeitgleich mit dem Sanktionsbescheid darüber entschieden, ob statt der Hartz-IV-Leistungen Sachleistungen oder geldwerte Leistungen zu gewähren sind. Diese zeitgleiche Entscheidung ist erforderlich, weil das physische Existenzminimum eines Hartz-IV-Empfänger auch bei Sanktionen im Blick zu behalten und der Leistungsfall so unter Kontrolle zu halten ist. Nach den gesetzlichen Vorgaben kann die Arge unter bestimmten Voraussetzungen bei Sanktionen statt der Geldleistung unter anderem Lebensmittelgutscheine gewähren; dies soll sie tun, wenn der Leistungsempfänger mit minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaft lebt. Die Arge muss regelmäßig vor Verhängung einer Sanktion klären, ob die Gewährung z.B. von Lebensmittelgutscheinen im konkreten Fall erforderlich ist; der Leistungsempfänger darf nicht darauf verwiesen werden, dies nachträglich beantragen zu können.

*Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 9. September 2009 - L 7 B 211/09 AS ER*

Streik**Keine Untersagung im Schnellverfahren**

Wegen der Bedeutung des Streikrechts darf eine Streikmaßnahme im einstweiligen Verfügungsverfahren nur dann untersagt werden, wenn sie eindeutig rechtswidrig ist oder drohende wesentliche Nachteile abzuwenden sind. Keine dieser Voraussetzungen lagen im Falle des von der Gewerkschaft ver.di im Dezember 2009 ausgerufenen Warnstreiks bei der Bauer Druck Köln KG vor.

*Arbeitsgericht Köln,
Beschluss vom 15. Dezember 2009 - 12 Ga 179/09*

Betriebsratsmitglied**Hat ein elektronisches Leserecht**

Jedes Mitglied des Betriebsrats verfügt über ein unabdingbares Recht, auf Datenträgern gespeicherte Dateien und E-Mails des Betriebsrats auf elektronischem Wege zu lesen.

*Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 12. August 2009 - 7 ABR 15/08*

Gewerkschaftseigenschaft**Die CGZP ist nicht tariffähig**

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist nicht tariffähig. Die Tarifgemeinschaft wird durch einzelne Gewerkschaften gebildet, die aufgrund ihrer Satzung nicht zum Abschluss von Tarifverträgen für den gesamten Bereich der Zeitarbeit zuständig sind; die Tarifgemeinschaft kann daher nicht einen weitergehenden Zuständigkeitsbereich haben, als die Mitgliedsgewerkschaften in ihrer Summe.

*Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Beschluss vom 7. Dezember 2009 - 23 TaBV 1016/09*

Ehrenamtliche Richter**Genießen Kündigungsschutz**

Ehrenamtliche Richter des Landes Brandenburg genießen besonderen Kündigungsschutz bei allen Kündigungen ihres Arbeitsverhältnisses während ihrer Amtszeit.

*Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 21. Dezember 2009 - 10 Sa 2193/09*

Internet**Auch für den Betriebsrat**

Der Betriebsrat kann vom Arbeitgeber die Bereitstellung eines Internetanschlusses jedenfalls dann verlangen, wenn er bereits über einen PC verfügt, im Betrieb ein Internetanschluss vorhanden ist, die Freischaltung des Internetzugangs für den Betriebsrat keine zusätzlichen Kosten verursacht und der Internetnutzung durch den Betriebsrat keine sonstigen berechtigten Belange des Arbeitgebers entgegenstehen. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat für die laufende Geschäftsführung in dem erforderlichen Umfang auch Informations- und Kommunikationstechnik zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört das Internet.

*Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 20. Januar 2010 - 7 ABR 79/08*